

# Graphische Stimmen

Organ des

Zentral-Verbandes christl. Arbeiter u. Arbeiterinnen

für das graph. Gewerbe.

Erscheint  
alle 14 Tage.  
Abonnementspreis  
1 Mark  
vierteljährlich.  
Für die Mitglieder  
durch die  
Zahlstellen gratis.

2. Jahrgang.

Nr. 5.

Redaktion und Verlag: Köln-Chrensfeld, Eichendorffstr. 70.

3. März 1906.

Anzeigenpreis:  
die letzte Seite  
20 Pf.  
Für Mitglieder u. in  
Verbandsangelegen-  
heiten 10 Pf.  
Für Postbezug:  
Postamt  
Köln-Chrensfeld.

## Jahresbericht 1905.

Das verfloßene Jahr war, wie aus dem Berichte des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, sowie der einzelnen angeschlossenen Verbände zu ersehen ist ein Jahr des Kampfes und der Opfer, aber auch ein Jahr des Fortschrittes und des Segens. Auch unser Verband, wohl der jüngste von allen auf christlich-nationalen Boden stehenden Organisationen, hat sich, trotz „Prophezeiung“ auf baldigen Tod, gut entwickelt und den Beweis erbracht, daß noch lange nicht alle unserem Berufe angehörigen Kollegen, der materialistischen Weltanschauung huldigen und hat ferner bewiesen, daß es ihm auch Ernst ist mit der praktischen Durchführung seiner Bestrebungen, seinen Mitgliedern geistige und materielle Vorteile zu erringen.

Im Anfang des Jahres hatten wir unseren ersten Streik bei der Firma Heinrichs in Aachen, der 11 Tage dauerte und mit dem Abschluß eines Tarifes endigte. Leider blieb ein Kollege auf der Strecke, dem es bis heute noch nicht gelungen ist eine feste Stellung zu erhalten. Jedenfalls nicht ohne Einwirkung dritter. Außerdem erhielt er eine Strafe von 5 Tagen auf Grund des ber. . . § 153. Während der Kollege, der sich für seine Mitarbeiter geopfert hatte finanziell geschädigt wurde, waren die Kollegen, die den Nutzen von der Bewegung hatten, so unantastbar und feige und lehrten größtenteils dem Verbanne den Rücken.

Auch den Tod zweier Zahlstellen-Vorsitzender hatten wir zu beklagen, Kollege Krauß in Essen und Kollege Jungtunz in Barmen.

Der Tod dieser beiden wackeren Kollegen war ein harter Schlag für die betreffenden Zahlstellen. Ihr Andenken wollen wir treu bewahren.

Sehr günstig auf die Agitation wirkte die mit dem 1. April begonnene Herausgabe eines eigenen **Organs**. Hiermit war der erste Schritt in die größere Öffentlichkeit getan und fing man auch jetzt von gegnerischer Seite an uns eine größere Beachtung zu schenken.

Am 23. Juli hielten wir für die rheinischen Zahlstellen einen **Gautag** ab. Diese Veranstaltung erregte sich eines großen Besuches, sämtliche Zahlstellen waren vertreten. Der Verlauf der Verhandlungen trug den Charakter völliger Einmütigkeit und hat allerseits zur Befestigung und Anregung in den einzelnen Zahlstellen beigetragen. Mit den Vorschlägen des Zentralvorstandes betreffs der Einführung einer Krankenunterstützung und der Freistellung eines Kollegen für die Agitation war man vollständig einverstanden. Auch erklärte man sich bereit mit größter Opferwilligkeit den Zentralvorstand in seinem Bestreben zur Förderung unseres Verbandes zu unterstützen.

In der Ende September vorgenommenen Abstimmung wurden beide Anträge, sowohl die Einführung der **Krankenunterstützung** als auch die **Freistellung** des Kollegen Schwarz fast einstimmig angenommen.

Im Herbst kam es zu verschiedenen **Lohnbewegungen**, die wenn auch nicht mit vollem Erfolg doch immerhin beachtenswerte Vorteile

für unsere Mitglieder brachten. Diese Lohnbewegungen wurden zum Teil mit den sozialdemokratischen Verbänden geführt. Das Verhalten der letzteren war wenigstens während der Bewegung im allgemeinen ein einwandfreies.

Die Stellungnahme der **Arbeitgeber** unseren Bestrebungen gegenüber war eine verschiedene. Während die Mehrzahl sich auf den einzig richtigen und praktischen Standpunkt stellte, den modernen Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen und durch Entgegenkommen alle Schärfe und Bitterkeiten auszuschalten, gab es auch einzelne mit denen schwer arbeiten war. Bei allem guten Willen unsererseits war es doch nicht möglich, ein gutes Verhältnis zwischen den beiden Parteien herbeizuführen. Ebschon man sich nach außen den Anschein gibt der Organisation der Arbeiter nicht entgegen zu sein, leuchtet doch aus allen ihren Reden und Handlungen der wahre Grund, „man will sich nichts dreinreden lassen“ hervor.

Es soll aber nicht verschwiegen bleiben, daß auch von Seiten der Arbeiter mancher Fehler gemacht wurde. Einerseits hervorgerufen durch mangelnde Schulung, andererseits aber auch vielfach durch die Maßnahmen der Arbeitgeber. Schiltanierungen der Organisierten, Bevorzugungen der Unorganisierten, Diese Handlungsweise wird von den Arbeitern besonders deshalb bitter empfunden, weil sich unter den letzteren oft recht nimmerwertige Persönlichkeiten befinden.

Die **Entwicklung** unseres Verbandes im verfloßenen Jahre geht aus folgender Aufstellung klar hervor:

Bei der Gründung unseres Verbandes am 1. Juli 1904 hatten wir 7 Zahlstellen, im Jan. 1905 11 Zahlstellen und heute 25 in folgenden Orten:

1. Köln,
2. Aachen,
3. Essen,
4. Revelacr,
5. Freiburg i. B.
6. Nürnberg,
7. München (am 1. Juli 1904),
8. Düren,
9. Bielefeld,
10. Barmen,
11. Waldkirch (Jan. 1905),
12. Bonn,
13. Dalke,
14. Hagen,
15. M.-Gladbach,
16. Dülmen,
17. Lahr i. B.
18. Baderborn,
19. Neuh,
20. Mülhausen i. G.,
21. Pendersdorf,
22. Eberfeld,
23. Frefeld,
24. Hamburg,
25. Donauwörth.

Vertrauensmannschaften bestehen in:

- Stuttgart,  
Duisburg,  
Bochum,  
Breslau,  
Gamm i. B.  
Aleve.

Einzelmitglieder befinden sich in:

Bornis, Tilsit, Habelschwerdt, Würzburg, Düsseldorf, Göttingen, Saarbrücken, Metz, Burbach a. d. S., Oldenburg, Engen und Arolsen.

Diese starke Zunahme bei einem jungen Verbanne ist gewiß ein vollgültiger Beweis, daß unsere christl. nationale Arbeiterbewegung auch in den Kreisen unserer Berufe viele Freunde und Anhänger hat. Mit ein paar Hundert Mitglieder wurde unser Verband gegründet, heute nach 1 1/2 jährigem Bestande sind es

1260.

Unser Organ, die „**Graphischen Stimmen**“ wird in einer regelmäßigen Auflage von 1400 Exemplaren gedruckt. Die heutige Ausgabe wird zu Agitationszwecken in **doppelter** Auflage hergestellt.

Die **Rassenverhältnisse**

haben sich auch recht günstig entwickelt.

Die **Gesamt-Einnahme** in 1905 betrug Mark 10 118.45.

Die **Gesamt-Ausgabe** Mk. 6283.12.

Für unser **Verbandsorgan** wurden Mark 1160.49

und für **Agitation** Mk. 480.60 ausgegeben.

<b>Reise-Unterstützungen</b>	Mk. 130.—
<b>Arbeitslosen-</b>	" 126.50
<b>Wahregelungs-</b>	" 815.50
<b>Streik</b>	" 1331.—
<b>Rechtsschutz</b>	" 130.—

An 6 **Lohnbewegungen** waren wir im verfloßenen Jahre beteiligt. Zuerst wie schon eingangs erwähnt gingen die **Aachener** Kollegen vor. Weil Verhandlungen abgelehnt wurden kam es zur Kündigung. Der Streik dauerte 11 Tage und schloß mit dem Abschluß eines Tarifvertrages. Dieser Tarif soll dauern bis ein allgemeiner Tarif für ganz Deutschland eingeführt wird.

Die **Erfolge** waren folgende:

An Lohn:	1 Kol. Mk. 4.00	mehr die Woche,
	12 " " 3.00	" " "
	1 " " 2.00	" " "
	2 " " 1.00	" " "

Ueberstunden: bis 10 Uhr abends 25%  
nach " " 50%  
Sonntags " 75%

Außerdem 4 Feiertage ganz bezahlt.

Bei der zweiten Lohnbewegung in **Aachen** im Herbst vergangenen Jahres wurden folgende Erfolge ohne Streik errungen:

An Lohn:	4 Kol. Mk. 4.00	mehr die Woche
	16 " " 3.00	" " "
	8 " " 2.00	" " "
	5 " " 1.50	" " "
	6 " " 1.25	" " "
	8 " " 1.00	" " "
	3 " " 0.75	" " "

Außerdem 8 stündige Arbeitszeit und Bezahlung der Feiertage.

In **Essen** wo unsere Zahlstelle noch sehr klein ist, beteiligten sich 3 Kollegen an einer Lohnbewegung. Der **Erfolg** war folgender:

1 Kol. Mk. 1.50 die Woche,

2 " " 1.00 " " "

In **Freiburg i. B.** gingen unsere Kollegen zuerst vor. Ihnen schloß sich nach einigen Plänkereien der sozialdemokratische Verband an.

Die Zahl der Beteiligten betrug hier 57 Kollegen, die Bewegung ist noch nicht ganz abgeschlossen. Der bisherige Erfolg ist folgender: An Lohn: 2 Koll. Mk. 3,00 die Woche mehr, 20 " " 2,00 " " " " 27 " " 1,00 " " " "

Arbeitszeitverkürzung: In 2 Betrieben von 10 auf 9 Stunden. In den übrigen Betrieben bestand schon die 9stündige Arbeitszeit.

Für Akkordarbeit gelten die Sätze des Leipziger Tarifs.

Gesetzliche Feiertage werden voll bezahlt.

In **Stietfeld** kam es bei einer Firma zum Streik, der aber nur 1 1/2 Tag dauerte. Am Streik waren 8 Kollegen beteiligt.

Der Erfolg war hier für:

4 Koll. Mk. 1,00 die Woche mehr,  
2 " " 1,50 " " " "  
1 " " 2,50 " " " "  
1 " " 3,50 " " " "  
4 " " 0,50 " " " "

Den Kolleginnen wurde der Tarif bewilligt, außerdem Bezahlung der Feiertage und teilweise 9stündige Arbeitszeit.

In **Dalko** kam es zur Aussperrung nachdem alle möglichen Schritte zur friedlichen Erreichung der beschiedenen Wünsche der Arbeiter zurückgewiesen wurden: Nach 6tägigem Ausstand an dem 86 Kollegen und 14 Kolleginnen beteiligt waren, wurde folgendes bewilligt: circa 20 Koll. durchsch. Mk. 1,25 d. Woche mehr, 74 " " " 1,00 " " " " 6 " " " 0,75 " " " "

Die Arbeitszeit wurde um eine Stunde täglich verkürzt und für Sonntagsarbeit 25% Zuschlag bewilligt.

Wenn wir nun alle Positionen zusammenstellen ergibt sich folgendes:

5 Koll. Mk. 4,00 die Woche = Mk. 20,00  
1 " " 3,50 " " " = 3,50  
30 " " 3,00 " " " = 90,00  
29 " " 2,00 " " " = 58,00  
8 " " 1,50 " " " = 12,00  
26 " " 1,25 " " " = 32,50

107 Koll. Mk. 1,00 die Woche = Mk. 107,00  
9 " " 0,75 " " " = 6,75  
4 " " 0,50 " " " = 2,00  
Summa Mk. 331,75

Das ergibt aufs Jahr gerechnet, einen Mehrverdienst von:

**Mk. 17251,00.**

Außer diesen von uns ziffernmäßig festzustellenden Erfolgen, gibt es noch eine ganze Reihe von Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die durch den Eindruck der Organisation auf die Arbeitgeber, durch einfaches Vorstelligwerden der Kollegen errungen wurden. Leider verkümmern es die Kollegen vielfach diese Vorgänge dem Zentralvorstand mitzuteilen. In Zukunft bitten wir uns auch davon in Kenntnis zu setzen und es nicht dem Zufall zu überlassen, ob es der Zentralvorstand erfährt. Auch gibt es Fälle, wo ohne Eingreifen der Kollegen, von Seiten der Arbeitgeber der Organisation ihrer Arbeiter dadurch Rechnung getragen wird, daß man humaner verfährt, z. B. im Strafwesen, in der Behandlung usw.

Gewiß Erfolge, die sicher alle unsere Kollegen befriedigen werden.

Auch der ehrliche Gegner muß anerkennen, daß wir unserer Aufgabe auf diesem Gebiete voll gerecht geworden sind. Möge diese Erkenntnis dazu beitragen, in ihnen das Gefühl zu erwecken, auch andersdenkenden Kollegen ihre Achtung nicht zu verkümmern, wenn, wie obiges zeigt dieselben gewillt sind mitzukämpfen zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Aber auch denjenigen Kollegen, die sich nicht entschließen können, sich zu organisieren und sich mit allerhand nichtsagenden Redensarten daran vorbeidrücken, sei es ein Beweis, daß es doch etwas nützt.

Höher aber als diese materielle Erfolge schätzen wir die idealen Erfolge der Organisation. Das Gefühl der Kollegialität und der Solidarität wird gepflegt, der Sinn für gemeinsames

Arbeiten und Streben geweckt, die ganze Lebensauffassung gehoben.

Erfährt der Arbeiter den Zweck der Organisation mit seinen Endzielen der Hebung und Eingliederung des ganzen Arbeiterstandes als gleichberechtigter Faktor in die heutige Gesellschaftsordnung, so ist damit seinem ganzen Leben mehr Inhalt und Bedeutung gegeben. Hat er bis heute so in den Tag träge dahin gelebt, ohne sich um das, was nicht seine tagtäglichen Verrichtungen betraf, zu kümmern, so ist in der Organisation seiner Energie und Tatkraft ein hohes Ziel gesteckt. Und das Streben nach hohen edlen Zielen muß auf den ganzen Charakter und die Lebensführung mit der Zeit einen sehr wohlthätigen Eindruck hervorrufen.

Es erübrigt uns nun zum Schluß allen Kollegen und Gesinnungsgenossen, die uns im verflohenen Jahre mit Rat und tätiger Mithilfe zur Seite gestanden haben, unseren herzlichsten Dank abzustatten.

In der kurzen Zeit unseres Bestehens haben wir doch schon eine ganze Reihe von Freunden und Kollegen kennen gelernt, die mit Hingabe ihrer persönlichen Interessen, sich ganz in den Dienst des Arbeiterstandes und ihrer Kollegen gestellt haben. Wir wünschen für unsern Verband nichts mehr, als noch recht viele solcher opfermütiger Männer.

Unsere Mitglieder wollen aber aus diesem Bericht neuen Mut und neue Energie zu weiterem Arbeiten und Streben für unsern Verband schöpfen. Das erste Tausend ist überschritten, der Grund ist gelegt, möge es uns vergönnt sein im nächsten Bericht über noch glänzendere Erfolge berichten zu können.

**Der Zentralvorstand**  
i. A.: J. Hillen.

### Nicht mehr zeitgemähe, d. h. besserungsbedürftige Einrichtungen.

Zu den verschiedenen reformbedürftigen Einrichtungen unserer deutschen Versicherungsgegebung, deren Mängel

## Die sozialdemokratische Moral als Schrittmacher des Scharfmachtentums.

„Und der Herr gab dem Moses nach Beendigung dieser Regeln auf dem Berg Sinai zwei steinerne Tafeln des Zeugnisses“ — so beschließt 2. Mos. 31, 18 die Gesetzgebung auf dem Sinai und Moses brachte das Gesetz Gottes seinem Volke, worinnen geschrieben stand: Du sollst nicht lügen!

Der Ruhm des Moses hat den Genossen Kautsky nicht schlafen lassen. Und so legt er sich hin und gab seinem ausermühten Volk der Genossen ein neues Gesetz, worinnen geschrieben steht: Du darfst nicht lügen. Der Zweck heißt jedes Mittel!

Es hat vor kurzem nicht geringes Erstaunen erregt — wenigstens bei denjenigen, welche die Genossen und ihre Praxis nicht kannten — daß Kautsky in der „Neuen Zeit“ diesen vermeintlichen Grundsatz als oberstes Verbot für das Verhalten der Genossen ausgab.

Kautsky ist nun unter dem „verpflichtenden“ Einfluß des Sozialismus so weit entfernt, sich der Verwerflichkeit seines Grundsatzes bewußt zu sein, daß er vielmehr denselben verteidigt und „wissenschaftlich“ zu rechtfertigen sucht. In seinem eben ausgegebenen Buche „Ethisch und materialistische Geschichtsauffassung“, Stuttgart, Dieck 1906 (S. 106—107) leitet er sich folgenden Weisheitsgequäl:

„Die herkömmliche Ethik erblickt in dem Sittengesetz die Kraft, die das Verhalten des Menschen zum Menschen regelt. Da sie vom Individualismus, nicht von der Gesellschaft ausgeht, übersieht sie vollständig, daß das Sittengesetz nicht den Verkehr des Menschen mit jedem anderen Menschen regelt, sondern bloß den Verkehr des Menschen mit Menschen der gleichen Gesellschaft. Daß es nur für diese gilt, wird begreiflich, wenn man sich den Ursprung der sozialen Triebe vergegenwärtigt.“

In ein ähnliches Verhältnis kommen die menschlichen Tugenden, sobald Jagd und Krieg unter ihnen aufkommen. Eine der wichtigsten Formen des Kampfes ums Dasein wird jetzt unter ihnen der Kampf der Herde gegen andere Herden derselben Art. Der Mensch, der nicht Mitglied der eigenen Gesellschaft ist, wird jetzt direkt zum Feinde. Die sozialen Triebe gelten nicht nur nicht für ihn, sondern gegen ihn. Je stärker sie sind, desto fester hält die Herde zusammen gegen den äußeren Feind, desto energischer bekämpft sie diesen. Die sozialen Tugenden, Hilfsbereitschaft, Opfermut, Wahrheitsliebe usw., gelten nur den Genossen, nicht für das Mitglied einer anderen gesellschaftlichen Organisation.

Man hat es mir einmal sehr verübelt, als ich diese Tatsache in der „Neuen Zeit“ konstatierte, und meine Feststellung so gedeutet, als hätte ich da ein besonders sozialdemokratisches Moralprinzip feststellen wollen, im Gegensatz zu den Grundsätzen des ewigen Sittengesetzes, das da unbedingte Wahrhaftigkeit gegen

jedermann erheischt. In Wirklichkeit habe ich nur ausgesprochen, was seit der Menschwerdung unserer Vorfahren stets als Sittengesetz in der menschlichen Brust gelebt, daß dem Feinde gegenüber die sozialen Tugenden nicht geboten sind.“

Was zunächst den Schlußsatz betrifft:

„Man hat aber keine Ursache, sich deshalb gerade über die Sozialdemokratie besonders zu entrüsten, da es keine Partei gibt, die den Begriff der Gesellschaft weiter faßt wie sie, die Partei der Internationalität, die alle Nationen, alle Klassen in den Bereich ihrer Solidarität zieht.“

so ist derselbe ein läppischer Täuschungsversuch, denn „alle Nationen alle Klassen“ erkennen sich nur dann der Solidarität der Sozialdemokratie, soweit sie sich ihr anschließen. Diejenigen von ihnen, die das nicht tun, werden eben nach dem von Kautsky proklamierten Moralgrundsatz behandelt.

Vor allem rühmt Kautsky an dieser seiner „neuen“ Moral, die übrigens uralt ist und bereits von Kain gegenüber seinem Bruder Abel beobachtet wurde, daß sie dem Klassenbewußten Proletariat die Waffen schmeide für den Kampf der Gegenwart, denn es gelte ja jetzt nicht bloß die Geschichte zu verstehen, sondern „besser als bisher zu machen“ (S. VIII).

Allerdings den Kampf, den brutalen Kampf, den Kampf mit allen Mitteln heißt diese „Moral“; aber ist damit der Sache des Arbeiterstandes geholfen? Der ist nur gebiert mit einer Moral, welcher auch das Scharfmachtentum, d. h. alle Gegnerschaft gegen Sozialreform sich haltendes nichts mehr entgegenzusetzen kann. Eine Moral aber, welche die Gewalt und das Recht des Stärkeren proklamiert als oberstes Moralprinzip, ist in gar keiner Weise geeignet, das Scharfmachtentum von seinem Herrenmoralstandpunkt, seinem Gewaltmenschtum abzubringen, daß es dieses vielmehr glänzender rechtfertigt. Niemand ist diesem Scharfmachtentum ein Bundesgenosse so willkommen gewesen, als es diese „neue“ Gewaltmoral der Sozialdemokratie ist.

Die sozialen Tugenden Hilfsbereitschaft . . . gelten nur für den Genossen, nicht für das Mitglied einer anderen gesellschaftlichen Organisation“, ruft Kautsky für das Proletariat. — „Die sozialen Tugenden Opfermut, Wahrheitsliebe gelten nur dem Mitglied der Kapitalistenklasse, nicht für das Mitglied einer anderen gesellschaftlichen Organisation“, antwortet das Scharfmachtentum! Also fort mit aller Sozialpolitik, fort mit dieser Humanitätsbuletse! es gilt das Recht des Stärkeren und die sind wir!

Was kann die Sozialdemokratie geltend machen dagegen? Nichts und abermals nichts. Wer die soziale Frage zur bloßen Machtfrage erklärt, wer für die Entscheidung dieser Machtfrage das Recht des Stärkeren als letzte Instanz geltend macht, hat gar kein Recht, sich zu entrüsten, wenn ihm seine eigene Ansicht als Echo auf seinen Ruf entgegenfällt. Wie man in den Wald hineinschreit, so schallt es heraus. Wer Gewalt hineinruft,

kann nicht erwarten, daß das Echo Berechtigt antwortet. Gewalt ist die Antwort und den Schaden hat die Arbeiterklasse.

Aber entrüstet sich denn die Sozialdemokratie nicht über die Gewaltmenschen von der Herrenmoral! Gewiß, Kautsky selbst räsonniert gegen die Erben des Zoroaster, die es den Abbas und Tillys der Religionskämpfe des 10. und 17. Jahrhunderts gleichsam wollen an brutaler Morbbrennerlei; der „Vorwärts“ postert in allen Tonarten gegen das Proletariat, und die ganze sozialdemokratische Presse weiß überhaupt nichts anderes, als über dessen Gewaltmoral und Herrenmoral zu schimpfen. Aber mit welchem Rechte? Herr Kautsky sanktioniert dieses Vorgehen und erteilt als Papst des Marxismus dem Scharfmachtentum für seine Beschöpfung der Arbeiterklasse seinen Segen. Er approbiert die Gewalt, die Lüge, den Betrug, die Ausbeutung, kurz alle Mittel, mit denen man nach der Praxis Machiavelli's und dem Beispiel von Heineke Fischs die Interessen der eigenen Genossenchaft gegen andere gesellschaftliche Organisationen verteidigen kann.

So ist die Sozialdemokratie die Schutztruppe des Scharfmachtentums, mit dem sie Arm in Arm die Arbeiterklasse schädigt.

Dabei aber bemerkt Genosse Kautsky gar nicht, und alle die Genossen, die hinter ihm daherschleichen wie die Kamelle hinter dem Kameltreiber, daß er mit seiner Entrüstung gegen die Praktiken des Abbas und Tillys unter dem Scharfmachtentum seine ganze „Ethik“ dran gibt und damit das Eingeständnis ablegt, daß diese „neue“ Ethik gerade für den Fall, wo sie von ihm als besonders bedeutsam angepriesen wird, vollständig versagt.

Von zwei Dingen eius: Entweder ist diese Klassenkampfmoral, wie sie die Sozialdemokratie proklamiert, wahr, dann ist das Scharfmachtentum im Recht, wenn es gleichfalls darnach handelt, und die Sozialdemokratie hat kein Recht, darob auch nur das leiseste Wort zu sagen; oder aber sie entrüstet sich darob, brandmarkt das als unerhörte Frevel, als himmelschreiende Rechtsverletzung, Niedertrötung des Rechts und was dergleichen sozialdemokratische Kraftmetaphrasen noch mehr sind, und dann verweigert sie ihren eigenen Standpunkt.

Kautsky hat offen gezeigt, was die Klassenkampfmoral der Sozialdemokratie bedeutet, daß auf dem Boden dieser „Ethik“ die Waffen nicht liegen, mit denen der aufstrebende Arbeiterstand seine Interessen verteidigen kann, daß sie vielmehr liegen dort, wo man statt mit der brutalen Gewalt mit der Verübung auf Recht und Gerechtigkeit diesen Kampf austämpft im Namen des höchsten sittlichen Ideals.

So bedeutet Kautsky's „neue Ethik“ eine glänzende Anerkennung und Rechtfertigung des christlichen Sittengesetzes als des besten Horos der sozialen Gerechtigkeit, und dafür sei Kautsky der herzlichste Dank gesagt, daß er die sozialdemokratische Moral in ihrer ganzen Hohlheit aller Welt vorgeführt hat.

bedürfen, zählen unsere sog. Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen, die von den Unternehmern auf Grund der §§ 59, 63 des neuen (mit dem 1. Januar 1904 in Kraft getretenen) Krank.-Vers.-Ges. errichtet werden mußten.

Wir behaupten nicht zuelet, wenn wir sagen, unsere heutigen Betriebs-Krankenkassen entsprechen nicht ihrem eigentlichen Zweck in der gemüßigten Weise und werden vielfach als Mittel zu gewissen Zwecken — den Arbeitern das Wahlrecht zu verheimlichen — mißbraucht. Bei Durchsicht verschiedener derartiger Statuten sind mir auf folgende Mängel getroffen, die vielfach zu bitteren Klagen seitens unserer Kollegen geführt haben, z. B.:

### I. Das Krankengeld

wird a) entweder nach dem ortsüblichen Tagelohn bemessen oder b) nach dem Durchschnittsverdienst der drei letzten, der Erkrankung vorausgehenden Lohnzahlungsperioden.

Der ortsübliche Tagelohn beträgt z. B. in einer Stadt oder Gegend 2,50 Mk. für erwachsene männliche Tagelöhner, somit beträgt dann das Krankengeld nach Gesetz und Statut die Hälfte dieses ortsüblichen Tagelohns.

**1. Art. u. 10. Pfg.** Krankengeld. Angenommen, der Arbeiter hat einen Durchschnittsverdienst von 3 bis 4 Mk., so bedeutet das für denselben eine schwere direkte wie indirekte Schädigung. Jedermann weiß, daß der Kranke im Krankheitsstadium nicht weniger, sondern mehr für seine Person zur Kräftigung, Stärkung, Pflege und Erholung braucht, als es oft in gesunden Tagen der Fall ist.

Auch ist es eine Ungerechtigkeit, das Krankengeld nach den drei letzten der Erkrankung vorausgehenden Lohnzahlungsperioden zu bemessen. Da die Statistik nachweist, daß nach einer guten Geschäftsperiode meistens eine Flaute eintritt. In ersteren werden oft durch die nötige Lieberarbeit die gesundheitlichen Verhältnisse des Arbeiters sehr erschüttert. Die Folgen hiervon machen sich nach einigen Wochen mäßigen Geschäftsganges bemerkbar, zumal der Verdienst plötzlich nachgelassen und so statt Erholung eine Unterernährung Platz gegriffen hat. Nun wird aber das Krankengeld, d. h. ferner die Erkrankung nicht sofort sich einstellt, nicht nach dem guten, sondern nach dem geringeren Verdienst bemessen und diese Einrückung muß als ungesund bezeichnet werden.

Diese Art Krankenversicherung hat aber noch einen anderen Nachteil für den Arbeiter, der nach Umständen oft sehr schwer ins Gewicht fällt. Nämlich: Nach dem Krankenversicherungs-Verträge werden auch die Beiträge für die Unfall- u. Invalidenversicherung geleistet und somit auch einst eine event. Rente bemessen.

Beträgt nun der ortsübliche Tagelohn die Höhe, wie oben angeführt, so zählt der Arbeiter nur in diejenigen Klassen, welche 24 Pfg.-Marken lebt, obwohl er seinem Verdienste nach 36 Pfg.-Marken leben würde, somit spart der — Arbeitgeber — an Beiträgen, der Arbeiter aber kommt nun die — Rente — auf die er infolge seines Lohnes Anspruch hätte.

Hier müßte sich auch eine dem durchschnittlichen Jahresverdienst angemessene Klassen-einteilung, ähnlich wie bei den sog. Ortskrankenkassen angeführt werden.

### II. Die Verwaltung.

§ 6 eines solchen Betriebskrankenkassenstatuts lautet: Der Vorstand der Kasse besteht

1. aus zwei Vertretern der Firma usw.,
  2. aus drei Meistern und drei Arbeitern als Beisitzern usw.
- Nun ist es leider wahr, daß viele Arbeiter in solchen Verwaltungen nicht den nötigen Mut haben, um event. Verbesserungsorschläge usw. zu machen, weil sie immer Gefahr laufen müssen, als unzufriedene Elemente angesehen zu werden. Unter einer derartigen Zusammensetzung der Verwaltung ist überhaupt ein Hervortreten eines einzelnen Arbeiters ausgeschlossen, weil er niemals darauf rechnen kann, die Mehrheit auf seine Seite zu bekommen. Denn durch die Bestimmung dieses Statuts (daß der Verwaltung auch drei Meister angehören müssen) haben nicht die Arbeiter das ihnen von Gesetzeswegen zuzehende Recht von 2/3 Stimmen, sondern die Arbeitgeber, denn die drei Meister, das waren wir oben zu behaupten, sind niemals als Stimmen oder Vertreter der Arbeiter, wohl aber unsommer der Arbeitgeber anzusehen.

Und tatsächlich findet man, daß in solchen Betrieben durch diese eigenartigen „Wahlrechts-Einrichtungen“ die Löhne sehr minimal sind.

Der Arbeiter aber, der sich dagegen bemerkbar macht, — liegt — und geht so aller ferneren berechtigten Ansprüche verlustig.

Unsere Sache kann es nun nicht sein, ruhig zuzusehen, zu klagen, zu lamentieren, sondern beizutragen zur Beseitigung solcher Mängel.

### Deshalb praktische Arbeit leisten.

1. Einstimmen in den Ruf nach Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns.
2. Statistisches Material sammeln über derartige Mängel.
3. Bei Fabrik- Krankenkassenwahlen sich beteiligen und von dem dem Gesetze zuerkannten Rechte recht ausgiebigen Gebrauch machen.

Das ist aber nicht Sache Einzelner, sondern das müssen unsere Organisationen in die Hand nehmen, um der Regierung, den gesetzgebenden Körperschaften und unsern Arbeitgebervertretern mit Material dienen. Deshalb fleißiger Versammlungsbesuch, anregende Diskussion über die Versicherungs-Gesetzgebung, Stärkung unserer christlichen Organisationen, damit wir durch die Macht derselben den sozialen Wagnen mehr ins Rollen bringen und so den „wahren patentierten“ Arbeiterfreunden, die vom „wischen Arbeiterkampf“ und vom „Mutterbrod“ höhlich sprechen (bezgl. unserer Arbeiterkampf- und Versicherungs-Gesetzgebung) den Mund stopfen.

R. S.

## Aus dem Steinruderei-Gewerbe.

### Anfruchtpostartensteuer.

Wir sind objektiv genug um auch einzusehen, daß es für den Gesetzgeber manchmal außerordentlich schwer sein muß Mittel, Einnahmequellen auszubilden, um die Finanzlage unseres Reiches auch betriebend zu gestalten und begreifen deshalb auch, daß auf dieser Sache manchmal daneben getappt wird. Obiger Steuerentwurf, den der Zentr.-Abgeordnete Waden der Steuerkommission vorgeschlagen hat, nämlich auf jede Anfruchtpostarte eine Steuer mit 2 Pfg. zu legen, ist entschieden ein Mißgriff und würde dessen Durchführung eine riesige Schädigung unserer deutschen Papierindustrie und besonders aber unseres graphischen Gewerbes bedeuten.

Nach statistischen Angaben der Post werden alljährlich über 400 Millionen Anfruchtarten bei den deutschen Postämtern abgefertigt. Man denke, wieviel Karton hierzu nötig ist, wieviele Papierfabriken hier instande sind, Arbeiter zu beschäftigen.

Ferner wieviele Kunstanstalten sind gerade in den letzten Jahren entstanden, die sich speziell auf dieses Fach verlegten. Uns sind eine Reihe von Privatlitographien (besonders in Süddeutschland) bekannt, welche beständig 6—8 Geßeln nur auf Postkarten beschäftigen.

Auch für Buchbindereien und Buchhandlungen wäre die Einführung einer solchen Steuer ein schwerer Schlag. Angenommen, dieser Postartenentwurf würde sich auf die Hälfte reduzieren, so wäre dies in Geld berechnet, ein Einnahmeausfall von 6—7 Mill. Mark.

Selbst den Fall gesetzt, daß das Gesetz zum Durchführen, der Kartenerwerb und Buchhandlungen so hätten schließlich doch nur wir in diesen Gewerben beschäftigten Arbeiter den Schaden. Die Folge wäre schließlich eine Verbilligung der ohnedies schon zu Scheuderpreisen hergestellten Artikel und der Einnahmeausfall würde auf die Schultern der ohnedies schon schwer belasteten Industriearbeiter abgewälzt.

Von einem Niedergang der graphischen Industrie oder sonstigen Hummel, den man sozialdemokratischerseits aus der Geschichte macht, wird wohl kaum die Rede sein. Damals beim Abschluß der Handelsverträge fand sich unseres Wissens kein Vertreter der graphischen Industrie, der für dieselbe eingetreten wäre. Wir erinnern uns, daß der freisinnige Abgeordnete Barthel-Rümmberg sich nur um die Bekämpfung der Bildhauer mit mehr oder weniger Recht befaßt habe.

Wir hoffen aber im Interesse unserer graphischen und Papierindustrie und ihrer event. so zahlreich in Frage gestellten Existenz, daß die Postartensteuer einer gewissenhaften Prüfung zum Zwecke der Beseitigung derselben unterzogen wird.

Im übrigen aber behalten wir vorerst ruhig Wint.

**Frankfurt a. M.** In dem Prozeß gegen den Deutschen Senefelderbund hat das hiesige Oberlandesgericht das Urteil der ersten Instanz bestätigt, und die seitens des Bundes eingeleitete Berufung abgewiesen. Bei der festgesetzten Höhe des Klageobjektes steht dem Bunde noch die Berufung an das Reichsgericht offen.

## Soziale Bewegungen.

**Regierung und Parlamente über die deutsche Heimarbeit-Ausstellung.** Der angekündigte preussische Kronrat hat am 13. Febr. stattgefunden, über das Ergebnis seiner unter Vorsitz des Kaisers und Königs abgehaltenen Beratungen ist offiziell nichts mitgeteilt worden. Doch lassen verschiedene Anzeichen darauf schließen, daß Dank der kaiserlichen Initiative nun ein rascheres Tempo in den Versuchen einer geschickten Regelung der Heimarbeit eingeschlagen werden wird. Am 14. Februar hat Staatsminister Graf Posadowsky, Staatssekretär des Reichsamts des Innern, mit einer Anzahl seiner Räte (Ministerialdirektor Caspar, Geh. Oberregierungsrat Kaufmann, Geh. Regierungsräte Wedmann und Weymann u. a.) die Ausstellung besucht. Bei dem zweistündigen Rundgang erkundigte sich Graf Posadowsky namentlich in der Reichs- und Waidsektion, der Feder- und Blumenindustrie, den Textilmaren, der Holz- und Spielwarenindustrie, sowie den Metallwaren sehr eingehend nach den Verhältnissen und hörte den Mitteilungen der Ausstellungs- personen mit höchstem Interesse zu. Schließlich sprach er den Wunsch aus, das Material an Ausstellungsarten für die amtlichen Vorarbeiten zu erhalten, was natürlich bereitwilligst zugesagt worden ist. — Wie beim Etat des Innern im Reichstag, so ist die Heimarbeit auch im preussischen Abgeordnetenhaus, beim Etat des Ministeriums für Handel und Gewerbe wiederholt zur Sprache gekommen. Weder aller Parteien, ebenso wie der Minister betonten, daß die Ausstellung, die einen tiefen Einblick in die Zustände biete, einen starken Anstoß zur Regelung der Hausindustrie gegeben habe. Ferner hat in der hiesigen 2. Kammer Abg. Reinhardt die Anregung gegeben, die Regierung möge eine Erhebung über die Heimarbeit durch die Gewerbeinspektoren anstellen; die reichsgesetzliche Regelung dieser wichtigen Frage müsse von allen Bundes-

staaten gefördert werden. — Die Handelskammer Berlin hat, angeregt durch die Ausstellung, beschlossen, eine Erhebung über die Berliner Hausindustrie vorzunehmen.

In der bayrischen Abgeordnetenkammer hat in der Sitzung vom 15. Februar der Abg. Schwarz, ein Vertreter der christlichen Arbeiter, Mitglied unseres Verbandes, den Wunsch ausgesprochen, die Heimarbeit ausstellung von Berlin nach Bayern zu überführen und einen staatlichen Zuschuß dazu beizumessen. Sollte die Ueberführung der Berliner Ausstellung unmöglich sein, so sollte man in Bayern eine eigene Ausstellung veranstalten und er richtete an den Ministerpräsidenten die Anfrage, ob in dem Falle die Staatsregierung eine Unterstützung dieser Sache in Aussicht stellen könnte. Darauf antwortete am 16. Februar Ministerpräsident von Bobowits, daß sich die bayrische Regierung an die Leitung der Berliner Heimarbeit ausstellung gewandt, jedoch die Antwort erhalten habe, daß eine Ueberführung der Ausstellung nicht möglich sei, weil ein Teil der Ausstellungsgegenstände transportunfähig wäre. Dann erklärte der Minister, daß eine eigene bayrische Heimarbeit ausstellung von der Staatsregierung die größtmögliche Unterstützung und einen staatlichen Zuschuß zu gewärtigen habe. Die Kammer nahm diese Erklärung mit lautem Bravo auf. So wird auch Bayern wahrscheinlich eine Heimarbeit ausstellung bekommen.

**Für langfristige Tarifverträge** hat sich der bayrische Ministerpräsident von Bobowits in der bayrischen Abgeordnetenkammer am 16. Februar ausgesprochen. Er nahm Bezug auf die diesbezüglichen Ausführungen des Staatssekretärs von Posadowsky im Reichstag, dessen Ausführungen er nur unterstehen könne. Die bayrische Staatsregierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, des Erlasses vom 2. März 1903, in dem die Förderung der Tarifverträge den staatlichen Behörden zur Pflicht gemacht wurde. Langfristige Tarifverträge, die beiden Teilen Rechnung tragen und auch gegenseitig gewissenhaft eingehalten würden, seien die jetzt noch das einzige Mittel, um den sozialen Frieden anzubahnen.

**Der Aufstand der Schriftsetzer** in Nordamerika ist die Frucht einer großartigen Bewusstseinsbewegung in den amerikanischen Großstädten. In den kleineren Städten dringt er nur langsam vor. Die Folge dieser Arbeitsverfälschung im Buchdruckgewerbe ist die, daß auch die verwandten Gewerbe, so z. B. die Stereotypenfabriken in Chicago zum Aufstandsbewegung übergehen.

(M. Soc. Praxis.)

**Bei Gelegenheit der sozialpolitischen Debatten** in deutschen Reichstage hat der Staatssekretär Graf Posadowsky eine bedeutsame Rede gehalten. Die Ausführungen lassen erkennen, daß der Staatssekretär für die sozialpolitischen Aufgaben der Regierung Verständnis besitzt. Von konservativer und nationalliberaler Seite war jede Arbeiterbewegung belächelt worden. Die Herren halten es mit dem Herrn Kubow, der die christlichen Gewerkschaften für gefährlicher hält, als die sozialdemokratischen. Dieser Auffassung trat Graf Posadowsky mit Entschiedenheit entgegen. Nach dem stenographischen Reichstagsbericht führte er diesbezüglich aus:

Es ist bann auch das Wort zitiert worden, die christlichen Gewerkschaften seien noch viel schlimmer als die sozialdemokratischen. Ein solches Wort stammt nur aus Kreisen, die sich der Hoffnung hingeben, die Arbeiterbewegung mit dem Ziele, den Arbeitern eine bessere Lebenslage und eine größere Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten zu verschaffen, könne ganz und gar beseitigt werden. Wer das hofft, der wird sich gründlich irren und nur der ist in der Lage, zu einer solchen Auffassung zu kommen, der von einem nicht quantitativen, aber qualitativ ziemlich eng begrenzten Unternehmerstandpunkt diese Dinge beurteilt. Aber man muß bei dieser Arbeiterbewegung zwischen einer berechtigten und unberechtigten unterscheiden. Die Sozialdemokratie stellt Forderungen auf, die weder im Gegenwartskampf noch in irgend einem Zukunftskampf erfüllt werden können. Da muß man es doch freudig begrüßen, wenn sich demgegenüber eine christliche Arbeiterbewegung entwickelt, die erklärt: Wir sind auch für eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter, aber wir erstreben dieses Ziel im bestehenden monarchischen Staate und innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. (Beifall.) Wenn wir gegenüber den drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen Fortschritte machen wollen, so haben wir allen Anlaß, die Bildung einer solchen Arbeiterpartei zu unterstützen (erneuter Beifall) und nur demjenigen ist sie unangenehm, sogar noch unangenehmer als die sozialdemokratische Partei, die jede Forderung der Arbeiter, sei sie auch noch so berechtigt, ablehnen. Es geht mit diesen Leuten vielleicht ähnlich, wie es wohl hier und da einem konstitutionellen Minister geht, der im Parlament tagtäglich die schärfste Kritik über sich ergehen lassen muß und der mit einer gewissen Wehmut an die Zeit zurückdenkt, da die Minister in einem absoluten Staate absolut regierten. Diese Zeiten sind ein für allemal vorbei. (Weiterer Beifall.)

Wenn im übrigen die Bewegtheit, sozialpolitisch tätig zu sein, sich auf absteigender Linie bewegt, so trifft daran die Sozialdemokratie die Hauptschuld, weil sie fortgesetzt mit der Revolution spielt und weil sie nicht anerkennt, was aus dem Gebiete der Sozialpolitik bisher geleistet worden ist. Auch in der Politik sind strengste Wahrheitsliebe und Berechtigte die beste Taktik.

Wie begrüßen in den Ausführungen des Staatssekretärs besonders die Absage an die Vertreter des absoluten Herrn im Hause Standpunktes. Leider fühlen sich dieselben manchmal nicht nur als Minister, sondern als Könige in ihrem absoluten Industriestaat. Offen wir, daß die verständigen Ausführungen des Grafen Posadowsky gebührende Würdigung finden. Wer eine Befundung der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeiführt, der darf nicht nach kirchlichen Rezepten verfahren, für den muß die Lösung lauten: Freie Bahn für die christlich-nationale Arbeiterbewegung.

## Gewerkschaftliches.

Ein interessanter Prozess, der für sämtliche Gewerkschaften von größter Wichtigkeit ist, hat kürzlich der christliche Holzarbeiterverband mit einer größeren Firma in Gerszt (Westpreußen) durchgeschlagen. Die Firma hatte mit dem christlichen Holzarbeiterverband und dem Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften im vorigen Jahre einen Tarif abgeschlossen. Später traten nun aber die Mitglieder des Hirsch-Dunkerschen Gewerkschafts in den Streik, dem dann die Mitglieder des christlichen Verbandes folgten. Die Arbeiter führten als Grund der Arbeitsniederlegung die Nichterhaltung der tariflichen Vereinbarungen seitens der Firma an, während letztere glaubt, die Arbeitsniederlegung sei zu Unrecht erfolgt. Da der Hirsch-Dunkersche Gewerkschaften der Tischler seinen Mitgliedern die Streikunterstützung versagte, der christliche Verband dagegen die Unterstützung zahlte, so streugte die Firma Klage gegen den Verband an. Zuerst forderte die Firma 300 Mk. Schadenersatz, erhöhte jedoch im ersten Termine ihre Ansprüche auf 1600 Mk. Am Urteile wurde die Sache wiederholt verurteilt, bis dieselbe am 9. Januar beim Landgericht in Rönin zur Entscheidung kam. Das Urteil wurde jedoch erst am 23. Januar veröffentlicht. Es erfolgte, wie wohl vorausgesehen war, kostenpflichtige Abweisung der Klage.

Ein erste Mahnung an die Ortsverwaltungen bedeutet eine, im Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes veröffentlichte Liste von 32 in Mündchen ausgegliederten Mitgliedern, die während der Aussperrung im vorigen Jahre vom christlichen Metallarbeiterverbande die Summe von rund 3767 Mk. an Unterstützung bezogen haben. Einer der Ausgeschlossenen hat sogar 340 Mk. an Unterstützung erhalten. Solche Diebstähle an Arbeitergroschen zu verüben, müssen sich alle Ortsverwaltungen bringen angelegen sein lassen. Nicht selten sind es gerade die reich bei einer Bewegung in die Organisation hineingekommenen, die mit List und allerlei Hebelnarten hohe Unterstützungen verlangen. Die Ortsverwaltungen durchzusehen über solche Elemente nicht und geben ihnen noch - ja monatlang alles, was sie verlangen. Haben sie diese Unterstützung nicht mehr nötig, dann verschwinden diese Kreaturen ebenschnell wieder aus der Organisation, wie sie hineingekommen sind. Darum Vorsicht und sich streng an den Bestimmungen gehalten, die im Statut stehen.

In rohen Ausschreitungen kam es vor kurzem in Oberhausen bei Augsburg anlässlich einer öffentlichen Versammlung des christlichen Schuh- und Lederarbeiterverbandes. Sozialdemokratische Gewerkschaftler suchten die Versammlung durch fortwährenden Lärm zu stören, obgleich ihre Richtung auch nicht mit einer Silbe angegriffen wurde. Sie ereignete denn auch, daß die Versammlung noch kurz vor Schluß von überwachenden Beamten aufgelöst wurde. Dann kam der Fanatismus der „Freien“ erst recht zum Ausbruch. Als die christlichen Arbeiter das Lokal verlassen, wurden sie überfallen und mit Jauchzungen so über angegriffen, daß einige ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Am schwersten verletzt wurde der als Redner anwesende Gewerkschaftssekretär Bergmann aus Münden. Diese abentheuerlichen Vorfälle haben in der christlichen Arbeitererschaft große Aufregung hervorgerufen und werden natürlich ihre gerechtfertigte Sühne finden. Es muß schon weit mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften gesammelt sein, daß sie Jauchzungen als „geistige Waffen“ im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften benutzen.

## Mitteilungen des Zentralvorstandes.

Die Firma H. Jäger in Waldsiedl i. V. ist gesperrt.

Allen arbeitslosen Mitgliedern, oder solchen, die sich verändern wollen, wird empfohlen, sich bei der Zentralleitung zu melden.

Von der heutigen Nummer können zu Agitationszwecken Nachlieferungen stattfinden.

Die Broschüre „Ortsüblicher Tagelohn“ soll den Mitgliedern zu 10 Pfg. verkauft werden.

## Aus den Zahlstellen.

Düren. In der Dürener Gegend hängt es auch langsam an unter den Papierarbeitern lebendig zu werden, zumal seitdem unser Verbandssekretär sich bemüht, die betreffenden Arbeiter für unsere Organisation zu gewinnen. Für Sonntag, den 11. Februar hatten wir öffentliche Versammlungen in Winden und Biegel anberaumt, wo Kollege Schwarz über die Notwendigkeit der Organisation besonders auf christlicher Grundlage referierte, desgleichen sprach derselbe auch in einigen Fabriksversammlungen. Wenn wir nun alle Hindernisse beseitigen, mit welchen gerade hier gerechnet werden muß, so können wir mit dem Erfolg unserer bisherigen Agitation vollständig zufrieden sein; zumal wenn man bedenkt, daß der Hirsch-Dunkersche Verband sich schon seit einem vollen Jahrzehnt vergeblich bemüht, unter den hiesigen Papierarbeitern festen Fuß zu fassen. Derselbe hat heute kaum ein Duzend der betreffenden Arbeiter organisiert, wogegen bis jetzt schon circa 120 unserer Verband verläßt haben. Allerdings ist auch dies noch ein ganz winziger Prozentsatz von den Tausenden von Arbeitern der hiesigen Papierfabriken und wir sind uns bewußt, daß es noch langer und jäher Arbeit bedarf, die uns doch fern stehende Kollegen zu gewinnen. Der feste Kern aber, der jetzt

schon vorhanden ist, bietet uns die sichere Gewähr, daß er sich mit der Zeit zu einem mächtigen Baume entwickelt. Denn der Boden ist gut hier und wenn er fleißig und ausdauernd bearbeitet wird, kann auch die Ernte nicht ausbleiben.

Überfeld. Nachdem am 6. Januar 1906 die Gründungs-Versammlung stattgefunden hatte, wurde die erste Mitglieder-Versammlung am 17. Februar 1906 abgehalten. Die Kollegen waren vollständig erschienen. Zu Punkt 1, Vortrag, sprach Kollege Herchenbach-Barmen über Einzel- oder Kollektivvertrag. Redner wies nach, daß es Aufgabe der organisierten Arbeitererschaft sei, Kollektiv-Verträge im Interesse der Gesamtheit durchzuführen. Punkt 2, Vorstandswahl, ergab die Wahl folgender Kollegen: 1. Vorsitzender Gammes, 2. Vorsitzender Kropf, Schriftführer Bollmann, Beisitzer Topp. Als Delegierte für die am 4. März stattfindende Zahlstellen-Konferenz wurden Koll. Gammes und Kropf gewählt. Wir danken den Kollegen von Barmen, daß sie uns zur Gründung der hiesigen Zahlstelle behilflich waren. Werte Kollegen! An uns ist es nun, dafür zu sorgen, daß durch zielbewusste, unermüdbare Arbeit sämtlicher Kollegen unsere Zahlstelle einträglicher Zweig am Baume der Organisation christlich-nationaler Arbeiter werde zum Segen des Einzelnen und der Gesamtheit. Kollegen! Einigkeit macht stark! Mögen unsere weiteren Versammlungen stets so gut besucht sein, wie unsere erste Mitglieder-Versammlung.

Münster. Die Samstag, den 10. Februar abgehaltene Generalversammlung war verhältnismäßig gut besucht. Der Vorf. Koll. Niebling gab den Geschäftsbericht. Derselbe betraf das Wirken des Verbandes in Bezug auf Statistik, Aufklärung durch das Verbandsorgan, Rechtschutz sowie Herbeiführung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Unser Mitgliederstand konnte trotz eifriger Agitation nur auf achtzehn gebracht werden, das ist vier mehr als zu Anfang des vorigen Jahres. Aus der Generalversammlung konnte noch ein Kollege neu aufgenommen werden. Dem Bericht des Kassierers Kant ist folgendes zu entnehmen. Einnahmen Mk. 346,67, Ausgaben Mk. 316,41. Vorkassistenbestand Mk. 30,26. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurden Kollege Niebling als 1. Koll. Reindl als 2. Vorf., Koll. Kant als Kassierer und Koll. Bahse als Schriftführer wiedergewählt. Zu Beisitzern wurden die Koll. Wolf und Bertel, zu Revisoren die Koll. Klingenberg und Schmitt, als Delegierte zum Ortsrat die Koll. Niebling und Wolf gewählt. Nachdem der Wahlakt geschlossen, machte der Vorsitzende auf die Volkshochschulkurs aufmerksam und gibt das Nähere hierzu bekannt. Die Mitglieder-Versammlungen finden wieder jeden 2. Samstag im Monat statt, für ein passendes Referat wird der Vorsitzende Sorge tragen, und soll sich an dasselbe immer eine Diskussion anschließen. Zu der nächsten Versammlung hat bereits Koll. Schulz einen Vortrag über „Die christlichen Gewerkschaften, ihr Zweck und ihre Ziele“ angemeldet. Der Vorsitzende spricht noch den Wunsch aus, die Kollegen möchten in Zukunft die Versammlungen fleißig besuchen und schließt mit unserem üblichen Grusse die Generalversammlung.

Waldsiedl i. V. Unsere Zahlstelle hielt am 27. Januar ihre Generalversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Bericht über das vergangene Vereinsjahr, 2. Vorstandswahl, 3. Stellungnahme zum geplanten Zentralrat für Steindrucker und Lithographen, 4. Verschiedenes. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Burger wiedergewählt, als 2. Vorsitzender Kollege Adolf Steinhilber, als Kassierer Koll. Siegle und Koll. Kronauer als Schriftführer. Sodann wurde die bevorstehende Tariffrage besprochen und wurde beschlossen, in einer gemeinsamen Versammlung mit den „Freien“ sich am Sonntag, den 4. Febr., eingehender zu beschäftigen. Unter Punkt Verschiedenes wies unser Vorsitzender darauf hin, die allerdings noch kleine Bibliothek recht fleißig zu benutzen. Nachdem der Vorf. noch aufgefordert hatte, auch in diesem Jahre mit voller Kraft für den Verband tätig zu sein, damit wir den Kämpfen, die uns von Seiten der Prinzipale stets angebrängt werden, auch gewachsen sind, wurde die Versammlung geschlossen. 3 Kollegen wurden aufgenommen. -- Bei unserer gemeinsamen Versammlung mit den Mitgliedern des „Eisenfelder Bundes“ wurden die Verhältnisse in Waldsiedl einer scharfen Kritik unterzogen und sämtliche Kollegen aufgefordert, Zwistigkeiten endlich beiseite zu lassen, damit auch die Verhältnisse in Waldsiedl verbessert werden können. Kollege Burger betonte, daß wir christliche Kollegen stets gerne bereit seien, mit anderen Organisationen zusammenzuarbeiten, wenn es sich um das Wohl aller Kollegen handelt, aber andererseits verlangen wir auch, daß man auch Recht und Gerechtigkeit wahren läßt und nicht die christl. Organisationen von der Tarifgemeinschaft ausschließt, wie beim Chemigraphentarif. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heute am 4. Februar in Waldsiedl tagende Versammlung der Lithographen und Steindrucker von Waldsiedl und Gutach fordert die sämtlichen Kollegen zur Einigkeit und zum Eintritt in die nach seinem Dafürhalten für ihn in Betracht kommende Organisation auf. Die christliche Organisation fände graph. Gewerbe erwartet aber auch, daß sie bei Abschluß des Tarifs auch berücksichtigt wird. Sie begreift die bevorstehenden Tarifverhandlungen in Leipzig und beauftragt die Vorstände beider Organisationen, nach Abschluß der Verhandlungen die weiteren Schritte zur Verbesserung der für ihn in Betracht kommenden Geschäfte in die Wege zu leiten. Sollte irgend ein Kollege inzwischen ein unkollegiales Verhalten zur Schau tragen, so wird die Kollegenchaft diesem gegenüber wissen, was sie zu tun hat.“

## Literarisches.

„Die Bedeutung des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagelöhner“, bereitet sich eine kleine Broschüre von P. Giesler, Freiburg, Preis 10 Pfg. Der Inhalt des Schriftchens zerfällt in 6 Punkte. 1. Allgemeines, Statistik usw. 2. Ortsüblicher Tagelohn und

Krankensversicherung. 3. Ortsüblicher Tagelohn und Unfallversicherung. 4. Ortsüblicher Tagelohn und Invalidenversicherung. 5. Ortsüblicher Tagelohn und Arbeitsvertrag. 6. Ortsüblicher Tagelohn und Unterstützung bei Freiheitsübungen. Das Schriftchen ist recht inhaltreich und übersichtlich geordnet. Zudem ist es recht erfreulich, daß Koll. Giesler, der auch in der christl. Gewerkschaftsbewegung steht, gerade diesen Stoff, der sehr wenig Aufmerksamkeit hat, sehr wenig Aufmerksamkeit hat, sehr wenig Aufmerksamkeit hat. Wir können das Schriftchen unseren Kollegen nur warm empfehlen.

## Versammlungstaler.

Paarborn. Versammlungen finden alle 14 Tage im Restaurant „Domshof“ kleiner Domplatz statt. Nächste Versammlung am 7. März.

Vahr. Samstag, den 10. März abends 9 Uhr, Versammlung.

Düren. Sonntag, den 11. März, nachmittags 5 Uhr Mitglieder-Versammlung mit Vortrag.

Rönin. Samstag, den 10. März, abends 9 Uhr Versammlung „Am Dreieck“, Streitzengasse Ecke Krebsgasse.

Waldsiedl. Samstag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, Wirtschaft zum „Wohren“, Nebenzimmer.

Bonn. Samstag, den 10. März, abends 9 Uhr Versammlung im Vereinshaus, Josefstr.

Überfeld. Samstag, den 17. März, bei Chr. Jäger, Neuhof, jeden 3. Samstag im Monat.

Barmen. Samstag, den 10. März, 9 Uhr abends, Generalversammlung bei Herrn Mertin, Parlamentstr.

Krefeld. Mittwoch, den 7. März, Versammlung im Lokale „Reichshalle“, Ecke Westwall und Kurze Straße. Beginn 9 Uhr.

Hagen. Jeden letzten Samstag im Monat, abends 9 Uhr bei Pfeifer, Frankfurterstr.

Münster. Jeden 2. Samstag im Monat. Nächste Versammlung 10. März. Vortrag: Kollege Schulz, „Die christl. Gewerkschaften, ihr Zweck und ihre Ziele“.

Münden. Dienstag am 6. März, außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Die besonders wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen Aller! Danaowörth, Samstag den 3. März, Versammlung.

Vendersdorf. Sonntag den 4. März, nachm. 5 1/2 Uhr Versammlung bei Esser. Referent der Kollege Schwarz, Köln über Fabrikantenkassen.

## Tätige

## Goldschmittmacher, Kalblederarbeiter und Fertigmacher

Sucht zum sofortigen Eintritt gegen hohen Lohn für dauernde Beschäftigung

H. Kaumann'sche Buchhandlung, Dülmen i. W.

## Kollegen

agitiert für Euren Verband.

## Kostenfreier

Arbeitsnachweis für Buchbinder

O. Th. Winkler

Leipzig  
Seeburgstrasse 47

Papier- und Lederwaren

Buchbindereibedarf

Einrichtungen

für Laden und Werkstatt  
zu günstigsten Bedingungen

Verantwortlich: Jos. Gillen, Cöln-Chrensfeld.  
Druck Cöln-Chrensfelder Handelsbruderei.